

Aufschwung für die politische Bildung?

Die Idee von der Bürgergesellschaft schafft auch Probleme

Dr. Klaus-Peter Hufer

Bei den zahlreichen Konjunkturbegriffen, die den Zustand der gegenwärtigen Gesellschaft auf den Punkt bringen wollen (Pongs 1999 u. 2000), rangiert die Vorstellung von der »Bürgergesellschaft« auf einem sehr vorrangigen Platz. Folgerichtig hat auch in der politischen Bildung – hier soll die Rede von der politischen Erwachsenenbildung sein – die Option für eine Bürger- oder Zivilgesellschaft einen prominenten Stellenwert (z.B. Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten 2004). Beim nicht immer einfachen Selbstverständnis des Faches wird ihr eine »Zukunftsperspektive« beigemessen (Fritz/Maier/Böhnisch 2006, 185), so als könnte damit die ständige Legitimationskrise politischer Bildung gelöst werden. Aber ist das wirklich der Fall? Wird mit der Hinwendung zur Bürgergesellschaft auch die Zukunft politischer Erwachsenenbildung gesichert? Auf diese Fragen soll eine Antwort gegeben werden.

Politische Bildung steht derzeit – wieder einmal – in der Situation einer Selbstbehauptung. Da kommt den in ihr Tätigen das Credo einer Bürgergesellschaft gerade recht.

Das zentrale weiterbildungspolitische Stichwort der Gegenwart lautet Qualifizierung. Bildungsprogramme werden evaluiert, Teilnehmer/innen zu Kunden/Kundinnen, Bildungszentren zu Fortbildungsinstitute – alles wird zertifiziert, controlled und auf den Prüfstand der betriebswirtschaftlichen Nützlichkeit gestellt. Politische Bildung aber ist immer ein »Zuschussgeschäft«, sie »rechnet« sich nicht. Politische Bildung muss subventioniert werden. Doch die Bereitschaft dafür sinkt, entsprechend schmelzen die politischen Bildungsprogramme in den Erwachsenenbildungseinrichtungen, beispielsweise in den Volkshochschulen. Hinzu kommt, dass Politik in der allgemeinen Wahrnehmung immer mit Parteipolitik gleichgesetzt wird. Und diese bietet derzeit ein alles andere als attraktives Erscheinungsbild. Wer diesen Tendenzen zum Trotz dennoch politische Bildung an den Mann, an die Frau bringen will, muss schon eine hohe Frustrationstoleranz aufweisen oder aber nach wie vor von der

Idee überzeugt sein, dass eine Demokratie Demokraten braucht. Und dafür – so wäre zu folgern – benötigt man wiederum politische Bildung, »weil Demokratie die einzige Staatsform ist, die gelernt werden muss« (Negt 2004, 197). Die derzeitige Prominenz der Idee von einer Bürgergesellschaft verschafft da Luft und Legitimation.

Der Begriff »Bürgergesellschaft« ist ein Containerbegriff, der sehr verschieden, ja gegensätzlich gefüllt wird. Wer hierin eine Chance für politische Bildung sieht, muss sich über dessen ideologische und funktionale Implikationen bewusst werden.

Wer dem Projekt Bürgergesellschaft anhängt, der muss sich Klarheit darüber verschaffen, was damit bezweckt werden und wohin es gehen soll. Eindeutig ist das nämlich nicht, denn bereits die Terminologie hakt. So gibt es sowohl Gleichsetzungen mit als auch strikte Unterscheidungen zum Parallel-, Synonym- oder Alternativbegriff »Zivilgesellschaft« (siehe Hufer 2005). Der Begriff »Bürgergesellschaft« beinhaltet viele politik-theoretische und ideologische Möglichkeiten. Nach Ralf Dahrendorf, dem ja eine Art Mit-Urheberschaft bei der theoretischen und konzeptionellen Unterfütterung dieses Modells zusteht, ist »die Bürgergesellschaft zunächst im Gegensatz zur Staatsgesellschaft definiert, als die Gesellschaft, in der die Assoziationen der Menschen wichtiger sind als die Institutionen des Staates. Aus diesem Grunde sind die Institutionen des Staates in der Bürgergesellschaft relativ schlank« (Dahrendorf 1992, 97). Durch den Staat sind Bürgergesellschafteten »auf Schritt und Tritt gefährdet. Allen staatlichen Instanzen wohnt ein Hang zur Totalität inne. Der Staat will immer mehr Macht...« (ebd., 72).

Wer jedoch eine Bürgergesellschaft im Sinne einer anders akzentuierten Zivilgesellschaft als Vermittlung zwischen dem Privatbereich und dem Staat sieht, der kann mit der Dahrendorfschen Version nicht übereinstimmen. Überhaupt lassen sich mindestens drei unterschiedliche politisch-ideologische Versionen der Bürgergesellschaft finden:

- Einmal gibt es eine emanzipatorische Variante, die an Strategien der 70er Jahre anknüpft und in der Politisierung der Gesellschaft und ihrer Lebensbereiche die Möglichkeit einer Demokratisierung sowie entsprechenden Transformation von Staat und Gesellschaft sieht.

- Daneben und dagegen verweist eine konservative Deutung nach dem allenthalben betriebenen Rückzug des Staates auf das alte Prinzip der Subsidiarität und will mit der Förderung des freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements für den fehlenden »sozialen Kitt« der auseinander driftenden Gesellschaft sorgen.
- Drittens entspricht die praktizierte Bürgergesellschaft einem neoliberalen Politikverständnis, demzufolge nicht der Staat, sondern der Markt dezentral, flexibel, kompetent und effektiv die Lebensbedürfnisse und Gestaltungsabsichten der »freigesetzten Individuen« bzw. »mündigen Bürger« regelt.

Neuerdings haben auch rechtsextreme Parteien entdeckt, dass sie »bürgerschaftliche« Aktivitäten nutzen können: Sie arrangieren Dorffeste, organisieren Nachbarschaftshilfe und Seniorenbetreuung und beteiligen sich mit bei freiwilligen Feuerwehren, in Schülerzeitschriften, Vereinsvorständen, Bürgerinitiativen etc.

Die Bürgergesellschaft ist also alles andere als ein »wertfreies« Konstrukt oder Plädoyer. Wer sich für sie engagiert, der muss wissen, wie er/sie begründet und worauf er/sie hinzielen will. Das gilt auch für diejenigen, die Bürgergesellschaft als Ziel der Erwachsenenbildung auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Unabhängig von der Zielrichtung einer Bürgergesellschaft sind Kompetenzen erforderlich, die die in ihr und für sie lebenden Menschen mit- und aufbringen müssen. Diese Fähigkeiten zu fördern, ist Handlungsfeld und Stoff für die politische Bildung.

Die Bürgergesellschaft ist eine normative Demokratieidee, deren Realisierung eine entsprechende Disposition und Bereitschaft zur Mitwirkung der in ihr lebenden Menschen voraussetzt. Eine Demokratie, die auf eine Bürgergesellschaft hinzielt, »gibt ihren Bürgern nicht nur mehr Chancen, sondern verlangt notwendigerweise auch mehr Kompetenzen von ihren Bürgern als eine Demokratie, die sich mit periodischen Wahlen begnügt. Die an die Bürger herangetragenen Ansprüche bzw. Bürgerqualitäten erhöhen sich dadurch nicht unerheblich« (Buchstein 2000, 8).

Hubertus Buchstein nennt entsprechende Kompetenzen und schlägt drei Aspekte vor (ebd., 11f):

- Kognitive Kompetenzen: »In dieser Dimension geht es ausschließlich um die Wissensdimension von Politik«.

Klaus-Peter Hufer: Aufschwung für die politische Bildung? Die Idee von der Bürgergesellschaft schafft auch Probleme

Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 9/2008 vom 09.05.2008

- Prozedurale Kompetenzen sind »notwendig ..., um die eigenen Ziele innerhalb der Regeln des politischen Systems zu verfolgen«.
- Habituelle Dispositionen sind »notwendig ..., damit das als sachlich richtig Anerkannte und verfahrenstechnisch Durchsetzbare auch wirklich realisierbar wird. Es geht nicht um Kenntnisse, sondern um das Gefühl der Verpflichtung«.

Die Bürgergesellschaft braucht einen »Aktivbürger«, der alle diese Kompetenzen in sich vereint (Massing 1999, 44). Hier liegen Aufgaben für die politische Erwachsenenbildung.

Die Idee von einer Bürger- oder Zivilgesellschaft ist von ihr aufgegriffen worden. Das zeigt sich darin, dass sie sich neuen Zielgruppen zugewendet hat (ehrenamtlich Engagierte in unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilbereichen) und bewährte sowie innovative Methoden und Arbeitsweisen aktualisiert bzw. entwickelt hat (Zukunftswerkstätten, Argumentationstrainings, Bürgerforen, Runde Tische, Mediationsverfahren, Moderationstechniken). Daraus sind zahlreiche Projekte entstanden, deren gemeinsames Ziel es ist, die Demokratie zu stärken (siehe Gesprächskreis 2005). Sie passen gut in das Repertoire der didaktischen Überlegungen und Zielvorstellungen politischer Erwachsenenbildung: Teilnehmerorientierung, Erfahrungsorientierung, Handlungsorientierung, Lebensweltorientierung.

Allerdings ist diese Idee auch alles andere als neu: Innerhalb der politischen Erwachsenenbildung hatte schon immer die Vorstellung von einer bürgerorientierten politischen Bildung einen großen Stellenwert.

Bereits der Mentor der politischen Erwachsenenbildung, Fritz Borinski, hatte »den Bürger« zum Ausgangspunkt und zum Ziel seiner konzeptionellen und didaktischen Überlegungen gemacht. Seine Vorstellungen von einer »mitbürgerlichen Bildung« waren in den 1950er Jahren zentrale Leitideen der Erwachsenenbildung. Er nannte Grundsätze für sie: 1. sie »beginnt im eigenen Haus«, 2. sie muss sich »im Alltag des Betriebs und des Vereinslebens bewähren«, 3. sie muss »über den politisch-sozialen Fachunterricht hinausgehen« und als Prinzip »alle Unterrichtsgebiete durchdringen«, 4. sie ist »Bildung und Erziehung des Charakters« (Borinski 1954, 64). Die dem entsprechende Lehr- und Lernform ist für Borinski die »Arbeitsgemeinschaft«, und diese meint: »Anerkennung der Mündigkeit und grundsätzlichen Gleichwertigkeit des Hörers; Umwandlung des Lehrer-Schüler-Verhältnisses in ein echtes Mitarbeiter-Verhältnis (Kooperation!); Verwendung aktivierender Methoden, um

Klaus-Peter Hufer: Aufschwung für die politische Bildung? Die Idee von der Bürgergesellschaft schafft auch Probleme

Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 9/2008 vom 09.05.2008

den Hörer zur Selbsttätigkeit, zu einem aktiven Mitwirken und Mitschaffen im Kurs wie im gesellschaftlichen Leben zu erziehen« (ebd., 138). Wenn man mittlerweile antiquierte Begriffe wie »Hörer« und »erziehen« übersetzt – z. B. in »Teilnehmende« und »unterstützen« –, dann hat man ein demokratiepädagogisches und bürgergesellschaftliches Credo, das auch heute noch genauso geschrieben bzw. ausgesprochen werden könnte. Es folgte dann eine längere Phase der Erwachsenenbildung, die mit und nach ihrer »realistischen Wende« von Vorstellungen einer qualifizierenden Weiterbildung geprägt war (siehe Hufer 1992, 16ff.). Gegen dieses als technokratisch verstandene Bildungsverständnis artikulierte sich ein durch Demokratisierungsoptionen forcierter emanzipatorischer Aufbruch (ebd., 19ff.). Mit ihm einher ging eine Phase der Kritik an den bürokratisch eingebundenen, reglementierten und politisch kontrollierten, auf Trägerloyalität bzw. »Ausgewogenheit« bedachten Weiterbildungsinstitutionen. Aus zahlreichen Initiativen der neuen sozialen Bewegungen – den Bürger-, Friedens-, Frauen-, Umwelt- und Dritte-Welt-Bewegungen – heraus bildete sich eine »alternative« bzw. »andere« – vor allem politische – Erwachsenenbildung. (Hufer/Unger 1990, Hufer 1992, 83ff.) In ihr wurden in den 1970er Jahren viele Projekte realisiert, die man heute im Sinne der oben erwähnten emanzipatorischen Version als »bürgergesellschaftliches Engagement« verstehen könnte.

Die konsequente Übertragung der Idee von einer Bürgergesellschaft auf die Realität der politischen Erwachsenenbildung führt zu einer radikalen Veränderung des Berufsbildes der dort Arbeitenden, vielleicht sogar zur Auflösung der Profession.

Wenn Bürgergesellschaft zu einer Leitidee politischer Erwachsenenbildung wird, dann bringt sie auch eine erhebliche Veränderung des institutionellen und pädagogischen Aufgabenverständnisses mit sich. Das ehrenamtliche Engagement ist bereits vorhanden und wird kaum durch die Institutionen auf den Weg gebracht. Zwar können Erwachsenenbildungseinrichtungen bei aktuellen Anlässen vor Ort »Geburtshelferinnen« sein, eher aber wird es umgekehrt für die bereits Aktiven interessant sein, von den Institutionen fachliche, intellektuelle, rechtliche, organisatorische und materielle Unterstützung zu bekommen. Das Planungsverhalten der Institutionen ändert sich: Es wird nicht mehr mit der Erwartung geplant, dass das wissenschaftlich begründete, pädagogisch ersonnene und methodisch arrangierte Thema das Interesse der Menschen trifft. Vielmehr treten bereits interessierte Menschen mit ihren Erwartungen und Forderungen an die planenden Pädagoginnen und

Klaus-Peter Hufer: Aufschwung für die politische Bildung? Die Idee von der Bürgergesellschaft schafft auch Probleme

Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 9/2008 vom 09.05.2008

Pädagogen heran. Die »Beratung und Begleitung von Gruppen« (Fritz/Maier/Böhnisch 2006, 96), das »Agieren in kommunalen Prozessen« (ebd., 98) und die »Unterstützung selbstorganisierten Lernens« (ebd., 100) werden bereits als zukünftige Arbeitsfelder genannt. Die damit verbundene Tendenz zu »Bestellseminaren« (Reinert 2004, 118) stellt die Arbeit vom Kopf auf die Füße. Das kann für die mitunter in ihren Institutionen unbeweglich gewordenen pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter interessante neue Erkenntnisse von der Wirklichkeit vermitteln, die sie mit ihren Programmen erreichen wollen. Aber die Kehrseite hat beträchtliche Ausmaße: Aus den eigentlich pädagogisch planenden Einrichtungen werden Agenturen, die zunehmend auf Nachfragen reagieren, die von artikulationsstarken Gruppen und Initiativen geäußert werden. Damit wird das Bestehende fortgeschrieben, ein altes Prinzip der Erwachsenenbildung, das der »Gegensteuerung«, bleibt auf der Strecke. Ist das, was dann herauskommt, noch Bildung oder eher eine Art »Netzwerkarbeit«? Sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Institutionen noch Pädagogen oder eher Moderatoren? Sind sie wegen ihrer pädagogischen Kompetenz gefragt oder wegen ihrer finanziellen Ressourcen? Sind Aktivitäten – auch bürgerschaftliche – immer und per se »politisch« und wenn ja, sind sie auch demokratisch? Wenn diese Fragen bejaht werden, dann stellt sich der berechtigte Zweifel ein, ob es überhaupt noch der klassischen Erwachsenenbildner/innen bedarf. Kommunikationsfähige Sozialarbeiter sind da wohl eher richtig platziert. Neben dieser möglichen Erosion seiner/ihrer Profession müsste Erwachsenenbildner/innen auch noch der Zweifel beschäftigen, inwieweit sie mit ihrem Engagement für eine Bürgergesellschaft einer durchaus gerne gesehenen staatlichen Entpflichtung in der Bildungspolitik Vorschub leisten.

Gleichwohl kann die Bürgergesellschaft eine Chance für eine politische Bildung sein, die sich nach wie vor als eine emanzipatorisch orientierte versteht. Damit werden aber alte Konflikte neu aufleben.

Der immer wieder in eine »Krise« hinein geredeten politischen Erwachsenenbildung bietet die Bürgergesellschaft zweifelsohne eine Möglichkeit zu größerer Aufmerksamkeit und verbesserter Legitimation. Das ist nicht wenig. Hinzu kommt, dass pädagogische Kategorien gerade einer emanzipatorisch orientierten Bildung neu belebt werden können: Teilnehmerorientierung und Handlungsorientierung. Das letztgenannte Prinzip hatte in den ausgehenden 1960er und den beginnenden 1970er Jahren eine große Bedeutung, wurde aber zunehmend reduziert und um die explizit politische Dimension des Handelns gebracht. Handlungsorientierung wurde be-

Klaus-Peter Hufer: Aufschwung für die politische Bildung? Die Idee von der Bürgergesellschaft schafft auch Probleme

Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 9/2008 vom 09.05.2008

schränkt und begrenzt auf methodisch angeleitete Aktivitäten und die Erstellung eines »Produkts«, das am Ende eines Unterrichts/eines Seminars die Lernergebnisse darstellte und dokumentierte. Jetzt könnte das wieder anders werden. Denn bürgerschaftliche Initiativen wollen Einfluss nehmen auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und die politische Gestaltung. Das wäre »echte« Handlungsorientierung politischer Bildung. Das aber könnte zur Frage führen, wie viel Politik die etablierte Politik verträgt. Und am Ende käme ein altes Reaktionsmuster wieder an die Oberfläche: Wenn es ihnen zu weit geht, das bürgerschaftliche Engagement, dann pfeifen die politischen Vertreter der Bildungseinrichtungen diese zurück. Beispiele aus der Vergangenheit gibt es zahlreiche (siehe Hufer 1992, 76 – 81). Die Archive müssen nur geöffnet werden, um ihnen dann u.U. ein neues Kapitel anzuhängen.

Literatur

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.:

Zivilgesellschaft neu denken – Aufgaben der politischen Bildung, Berlin 2004

Borinski, Fritz:

Der Weg zum Mitbürger. Die politische Aufgabe der freien Erwachsenenbildung in Deutschland, Düsseldorf/Köln 1954

Buchstein, Hubertus:

Bürgergesellschaft und Bürgerkompetenz, in: Politische Bildung 4/2000, S. 8 – 18

Dahrendorf, Ralf:

Der moderne soziale Konflikt, Stuttgart 1992

Fritz, Karsten/Maier, Katharina/Böhnisch, Lothar:

Politische Erwachsenenbildung. Trendbericht zur empirischen Wirklichkeit der politischen Erwachsenenbildung in Deutschland, Weinheim u. München 2006

Klaus-Peter Hufer: Aufschwung für die politische Bildung? Die Idee von der Bürgergesellschaft schafft auch Probleme

Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 9/2008 vom 09.05.2008

Gesprächskreis für Landesorganisationen der Weiterbildung NRW (Hrsg.):

demokratie stärken – zukunft denken. Aus der Praxis der politischen Erwachsenenbildung in Nordrhein-Westfalen, Dortmund 2005

Hufer, Klaus-Peter:

Politische Erwachsenenbildung. Strukturen, Probleme, didaktische Ansätze. Eine Einführung, Schwalbach/Ts. 1992

Hufer, Klaus-Peter:

Bürgergesellschaft als Ziel der Erwachsenenbildung?, in: Bildung und Erziehung 3/2005, 325 – 339

Hufer, Klaus-Peter/Unger, Ilse:

Zwischen Abhängigkeit und Selbstbestimmung. Institutionalisierte und selbstorganisierte Erwachsenenbildung seit den siebziger Jahren, Opladen 1990

Massing, Peter:

Theoretische und normative Grundlagen politischer Bildung, in: Beer, Wolfgang/Cremer, Will/Massing, Peter: Handbuch politische Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts. 1999, S. 21 – 60

Negt, Oskar:

„Politische Bildung ist die Befreiung der Menschen“, in: Klaus-Peter Hufer/Kerstin Pohl/Imke Scheurich (Hrsg.): Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts. 2004, S. 195 - 213

Pongs, Armin:

In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich, Bd. 1 u. 2, München 1999 u. 2000

Reinert, Adrian: Politische Bildung für die Zivilgesellschaft

in: Beate Rosenzweig/Ulrich Eith (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Ein Gesellschaftsmodell der Zukunft, Schwalbach/Ts. 2004, S. 106 – 125

Klaus-Peter Hufer: Aufschwung für die politische Bildung? Die Idee von der Bürgergesellschaft schafft auch Probleme

Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 9/2008 vom 09.05.2008

Autor

Klaus-Peter Hufer, PD Dr. rer.pol., ist Fachbereichsleiter der Kreisvolkshochschule Viersen und Privatdozent an der Universität Duisburg-Essen. Er hat zahlreiche Bücher und Aufsätze zur politischen Erwachsenenbildung veröffentlicht.

Adresse:

Dr. Klaus-Peter Hufer

Peterstr. 30

47906 Kempen

Telefon: (0 21 52) 5 35 42

E-Mail: Klaus-Peter.Hufer@t-online.de

Redaktion Newsletter

STIFTUNG MITARBEIT

WEGWEISER BÜRGERGESELLSCHAFT

Redaktion Newsletter

Bornheimer Str. 37

53111 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de

Klaus-Peter Hufer: Aufschwung für die politische Bildung? Die Idee von der Bürgergesellschaft schafft auch Probleme

Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 9/2008 vom 09.05.2008